



Gegen den Missbrauch von Praktika

Pressemitteilung von Kersten Steinke, 28. März 2007

Anlässlich zweier Petitionen mit insgesamt über 108.000 Protestnoten erklärt Kersten Naumann, Vorsitzende des Petitionsausschusses und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE.:

Als Ergebnis der öffentlichen Beratung des Petitionsausschusses kann zusammengefasst werden, dass alle Beteiligten einen Handlungsbedarf sehen. Alle Seiten erkennen an, dass in der Berufswelt vermehrt sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch Praktikantenstellen ersetzt werden. In der Einschätzung des Ausmaßes des Problems und der Lösungsmöglichkeiten bestehen allerdings große Unterschiede.

Während die Bundesregierung Praktika nach Erreichen eines Hochschulabschlusses als grundsätzlich sinnvoll erachtet, möchte die DGB-Jugend solche Praktika nur in Ausnahmefällen zulassen. Sie weist darauf hin, dass so genannte Praktika nach Erreichen eines Hochschulabschlusses in der Regel nicht mehr primär dem Erwerb praktischer Kenntnisse und Erfahrungen dienen, wie es das Bundesarbeitsgericht fordert, sondern oftmals

rechtswidrig Arbeits- und Ausbildungsplätze ersetzen. Praktika seien vermehrt Deckmäntel für vorgelagerte Probezeiten oder würden als Ersatz für Einarbeitungszeiten und bezahlte Berufseinstiegsprogramme wie Trainee-Programme oder Volontariate angesehen.

Die Bundesregierung muss hier rasch handeln. Der massenhafte Missbrauch von Praktika vernichtet Arbeitsplätze und entzieht dem Sozialversicherungssystem damit auch Beiträge. Der Staat muss daran interessiert sein, dass dieser Missbrauch aufhört.

Öffentliche Einrichtungen sollten beim Umgang mit Praktikantinnen und Praktikanten mit positivem Beispiel vorangehen. Auch Parteien tragen unserer Ansicht nach eine besondere Verantwortung. DIE LINKE. hat deshalb unmittelbar nach dem Einzug in den Bundestag im September 2006 in einer freiwilligen Selbstverpflichtung beschlossen, Praktika ausschließlich nach dem Leitfaden „Faires Praktikum“ der DGB-Jugend durchzuführen. Es werden keine Praktikantinnen und Praktikanten auf unentgeltlicher Basis eingestellt. DIE LINKE. hat darüber hinaus bereits im November 2006 einen eigenen Antrag zum Thema eingereicht, der die Bundesregierung auffordert, endlich tätig zu werden.